

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes **zu dem Abkommen vom 12. September 2002** **zwischen der Bundesrepublik Deutschland** **und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit**

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der Rentenversicherung und der Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, dass sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung und die Unfallversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, dass in der deutschen und slowakischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Einkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

Fristablauf: 11. 04. 03

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand**

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

28. 02. 03

AS

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 12. September 2002
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 28. Februar 2003

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. September 2002
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik
über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 12. September 2002
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Slowakischen Republik
über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Berlin am 12. September 2002 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 12. September 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Durch diese Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Abs. 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare finanzielle Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss für die knappschaftliche Rentenversicherung.

Durch das Abkommen werden sich geringfügige Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung ergeben.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Slowakischen Republik
über Soziale Sicherheit

Zmluva
medzi Spolkovou republikou Nemecko
a Slovenskou republikou
o sociálnom zabezpečení

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Slowakische Republik –

Spolková republika Nemecko
a
Slovenská republika –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen
Sicherheit zu regeln –

v snahe upraviť vzťahy v oblasti sociálneho zabezpečenia sa
dohodli takto:

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Hoheitsgebiet“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Slowakische Republik
das Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik;
2. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Slowakische Republik
einen Staatsangehörigen der Slowakischen Republik;
3. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein verbindlichen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
4. „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
in Bezug auf die Slowakische Republik
das Ministerium für Arbeit, soziale Angelegenheiten und Familie der Slowakischen Republik;
5. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften obliegt;

Prvá časť
Všeobecné ustanovenia

Článok 1
Definovanie pojmov

(1) Na účely tejto zmluvy nižšie uvedené pojmy majú tento význam:

1. „územie“
vo vzťahu k Spolkovej republike Nemecko výsostné územie Spolkovej republiky Nemecko,
vo vzťahu k Slovenskej republike územie Slovenskej republiky,
2. „štátny občan“
vo vzťahu k Spolkovej republike Nemecko Nemca podľa Základného zákona Spolkovej republiky Nemecko,
vo vzťahu k Slovenskej republike štátneho občana Slovenskej republiky,
3. „právne predpisy“
zákony, nariadenia a ostatné všeobecne záväzné predpisy, ktoré sa vzťahujú na odvetvia a systémy sociálneho zabezpečenia určujúce vecný rozsah zmluvy uvedené v článku 2 odsek 1,
4. „príslušný úrad“
vo vzťahu k Spolkovej republike Nemecko, Spolkové ministerstvo pre prácu a sociálny poriadok
vo vzťahu k Slovenskej republike Ministerstvo práce, sociálnych vecí a rodiny Slovenskej republiky,
5. „nositeľ“
inštitúcia alebo úrad, ktorému patrí vykonávanie právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1, ktorým sa určuje vecný rozsah zmluvy,

6. „Versicherungszeiten“

Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Zeiten;

7. „Leistung“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Andere Begriffe in diesem Abkommen haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2**Sachlicher Geltungsbereich**

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. auf die slowakischen Rechtsvorschriften über die Sozialversorgung im Umfang folgender Leistungen:

- a) Altersrente,
- b) Invalidenrente,
- c) Teilinvalidenrente,
- d) Witwenrente,
- e) Witwerrente,
- f) Waisenrente;

2. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die

- a) Rentenversicherung,
- b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
- c) Alterssicherung der Landwirte,
- d) Unfallversicherung in Bezug auf Renten und einmalige Geldleistungen.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines Vertragsstaats übergegangen oder aus der Last eines Vertragsstaats abgegeben worden sind.

(3) Dieses Abkommen gilt auch für alle Rechtsvorschriften, die die in den Absätzen 1 und 2 angeführten Rechtsvorschriften ändern, ergänzen oder ersetzen. Es gilt auch für künftige Rechtsvorschriften, mit denen andere Arten von Leistungen oder neue Kategorien von Leistungsempfängern eingeführt werden, es sei denn, dass der Vertragsstaat, der diese Rechtsvorschriften erlässt, dem anderen Vertragsstaat schriftlich innerhalb von 90 Tagen nach Verkündung dieser Rechtsvorschriften etwas anderes mitteilt.

Artikel 3**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen bezieht sich auf

1. Staatsangehörige der Vertragsstaaten,
2. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
3. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

als unmittelbar erfasste Personen;

6. „doby poistenia“

doby platenia príspevkov a doby zamestnania, ktoré sa za také považujú podľa právnych predpisov, podľa ktorých boli získané a iné zohľadniteľné doby podľa týchto právnych predpisov,

7. „dávka“

dôchodok alebo iná peňažná dávka vrátane všetkých príplatkov, príspevkov a zvýšení.

(2) Iné pojmy v tejto zmluve majú význam, ktorý im patrí podľa uplatňovaných právnych predpisov príslušného zmluvného štátu.

Článok 2**Vecný rozsah**

(1) Táto zmluva sa vzťahuje

1. na slovenské právne predpisy o sociálnom zabezpečení v rozsahu týchto dávok:

- a) starobný dôchodok,
- b) invalidný dôchodok,
- c) čiastočný invalidný dôchodok,
- d) vdovský dôchodok,
- e) vdovecký dôchodok,
- f) sirotský dôchodok,

2. na nemecké právne predpisy o

- a) dôchodkovom poistení,
- b) pripoistení hutníkov,
- c) starobnom poistení poľnohospodárov,
- d) úrazovom poistení vo vzťahu k dôchodkom a jednorázovým peňažným dávkam.

(2) Ak podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu sú okrem podmienok pre uplatňovanie tejto zmluvy splnené aj podmienky pre uplatňovanie inej zmluvy alebo nadštátnej právnej úpravy, nositeľ tohto zmluvného štátu pri uplatňovaní tejto zmluvy neprihliada na inú zmluvu alebo nadštátnu právnu úpravu. Toto neplatí, ak iná zmluva alebo nadštátna právna úprava obsahuje ustanovenia o poistných bremenách, podľa ktorých doby poistenia definitívne prešli na t'archu jedného zmluvného štátu alebo boli odovzdané z t'archy jedného zmluvného štátu.

(3) Táto zmluva sa vzťahuje aj na všetky právne predpisy meniace, dopĺňajúce alebo nahrádzajúce právne predpisy uvedené v odsekoch 1 a 2. Vzťahuje sa aj na budúce právne predpisy, ktorými budú zavedené iné druhy dávok alebo nové kategórie poberateľov dávok, ibaže by zmluvný štát, ktorý tieto právne predpisy vydal druhému zmluvnému štátu do deväťdesiatich dní od vydania týchto právnych predpisov písomne neoznámil niečo iné.

Článok 3**Osobný rozsah**

Táto zmluva sa vzťahuje na:

1. štátnych občanov zmluvných štátov,
2. utečencov uvedených v článku 1 Dohovoru o právnom postavení utečencov z 28.7.1951 a Protokolu o právnom postavení utečencov z 31.1.1967,
3. osoby bez štátneho občianstva uvedené v článku 1 Dohovoru o právnom postavení osôb bez štátnej príslušnosti z 28.9.1954

ako priamo dotknuté osoby;

4. andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

als mittelbar erfasste Personen;

5. Staatsangehörige eines anderen Staats als eines Vertragsstaats, soweit sie nicht zu den mittelbar erfassten Personen gehören,

als Drittstaatsangehörige.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar und mittelbar erfassten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Gleichstellung der Hoheitsgebiete

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

Versicherungspflicht von Arbeitnehmern

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich, soweit die Artikel 7 bis 11 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch dann, wenn sich der gewöhnliche Aufenthalt oder Sitz des Arbeitgebers im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats befindet.

Artikel 7

Versicherungspflicht bei Entsendung

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

Artikel 8

Versicherungspflicht von Seeleuten

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines der beiden Vertragsstaaten führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht.

(2) Wird ein Arbeitnehmer von einem Arbeitgeber mit Sitz in einem Vertragsstaat vorübergehend auf einem unter der Flagge des anderen Vertragsstaats fahrenden Seeschiff beschäftigt, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats über die Versicherungspflicht so, als wäre er in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass der Arbeit-

4. iné osoby ohľadne práv, ktoré odvodzujú od štátneho občana jedného zmluvného štátu, utečenca alebo osoby bez štátneho občianstva podľa tohto článku,

ako nepriamo dotknuté osoby;

5. štátnych občanov iného štátu než zmluvného štátu, ak nepatria k nepriamo dotknutým osobám

ako štátni občania tretích štátov.

Článok 4

Rovnaké zaobchádzanie

(1) Osoby, na ktoré sa priamo alebo nepriamo vzťahuje osobný rozsah tejto zmluvy, a ktoré majú trvalý pobyt na území jedného zmluvného štátu, majú pri uplatňovaní právnych predpisov zmluvného štátu rovnaké postavenie ako jeho štátni občania.

(2) Dávky podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu sa štátnym občanom druhého zmluvného štátu, ktorí majú trvalý pobyt mimo území zmluvných štátov, poskytujú za rovnakých podmienok ako občanom prvého zmluvného štátu, ktorí tam majú trvalý pobyt.

Článok 5

Rovnosť území

Obmedzujúce právne predpisy jedného zmluvného štátu, podľa ktorých vznik nárokov na dávky, poskytovanie dávok alebo vyplácanie dávok závisí od trvalého pobytu na území tohto zmluvného štátu, sa nevzťahujú na osoby priamo alebo nepriamo dotknuté, uvedené v osobnom rozsahu tejto zmluvy, ktoré sa zdržiavajú na území druhého zmluvného štátu.

Článok 6

Povinnosť poistenia zamestnancov

Ak sa v článkoch 7 až 11 neustanovuje inak, povinnosť poistenia zamestnancov sa spravuje podľa právnych predpisov toho zmluvného štátu, na území ktorého vykonávajú zamestnanie; to platí aj vtedy, ak má zamestnávateľ trvalý pobyt alebo sídlo na území druhého zmluvného štátu.

Článok 7

Povinnosť poistenia pri vyslaní

Ak zamestnávateľ vyšle svojho zamestnanca, ktorý je zamestnaný v jednom zmluvnom štáte na územie druhého zmluvného štátu, aby tam v rámci zamestnaneckého vzťahu pre tohto zamestnávateľa vykonával prácu, potom vo vzťahu k tomuto zamestnaniu platia počas prvých 24 kalendárnych mesiacov len právne predpisy o povinnosti poistenia prvého zmluvného štátu, tak ako keby bol nadalej zamestnaný na jeho území.

Článok 8

Povinnosť poistenia námorníkov

(1) Na osoby, zamestnané na palube námornej lode, ktorá pláva pod vlajkou jedného zo zmluvných štátov sa vzťahujú právne predpisy tohto zmluvného štátu o povinnosti poistenia.

(2) Ak je zamestnanec zamestnávateľ a so sídlom v jednom zmluvnom štáte prechodne zamestnaný na námornej lodi, plávajúcej pod vlajkou druhého zmluvného štátu, na zamestnanca sa vzťahujú právne predpisy o povinnosti poistenia prvého zmluvného štátu tak, ako keby bol zamestnaný na jeho území. Toto platí za predpokladu, ak zamestnanec má trvalý

nehmer seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats hat und der Arbeitgeber nicht Eigentümer des Seeschiffs ist.

Artikel 9

Versicherungspflicht anderer Personen

Die Bestimmungen der Artikel 6 bis 8 über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 10

Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder von einem Mitglied einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung zuletzt gewöhnlich in dem Vertragsstaat, in dem er beschäftigt ist, aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem er beschäftigt ist, wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Beschäftigt die diplomatische oder konsularische Vertretung eines Vertragsstaats Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die diplomatische oder konsularische Vertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber gemäß den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

Artikel 11

Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag einer anderen in Artikel 9 bezeichneten Person können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterliegt. Bei der Entscheidung sind die Art und die Umstände der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit zu berücksichtigen.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Rentenversicherung

Artikel 12

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

pobyt na území prvního zmluvného štátu a zamestnávateľ nie je majiteľom námornej lode.

Článok 9

Povinnosť poistenia ostatných osôb

Ustanovenia článkov 6 až 8 o povinnosti poistenia platia primerane na osoby, ktoré nie sú zamestnancami, na ktoré sa však vzťahujú právne predpisy uvedené v článku 2 odsek 1 vo vecnom rozsahu zmluvy.

Článok 10

Povinnosť poistenia zamestnancov diplomatickej misie a konzulárneho úradu

(1) Ak štátny občan jedného zmluvného štátu vykonáva zamestnanie na území druhého zmluvného štátu na diplomatickej misii alebo konzulárnom úrade alebo u člena diplomatickej misie alebo konzulárneho úradu prvého zmluvného štátu, počas tohto zamestnania sa na neho vzťahujú právne predpisy prvého zmluvného štátu o povinnosti poistenia tak, ako keby tam bol zamestnaný.

(2) Ak mal zamestnanec uvedený v odseku 1 pred začatím zamestnania naposledy trvalý pobyt v zmluvnom štáte, v ktorom je zamestnaný, môže si zvoliť v lehote do 6 mesiacov od začatia zamestnania vo vzťahu k povinnosti poistiť sa, že sa na neho budú vzťahovať právne predpisy zmluvného štátu, na území ktorého je zamestnaný. Vyhlásenie o voľbe právnych predpisov sa musí predložiť zamestnávateľovi. Zvolené právne predpisy sa na neho vzťahujú odo dňa, kedy bolo vykonané takéto vyhlásenie.

(3) Ak diplomatická misia alebo konzulárny úrad jedného zmluvného štátu zamestnáva osoby, na ktoré sa vzťahujú právne predpisy druhého zmluvného štátu, potom diplomatická misia alebo konzulárny úrad je povinný dodržiavať záväzky, ktoré miestnemu zamestnávateľovi vyplývajú z uvedených právnych predpisov.

Článok 11

Výnimky z ustanovení o povinnosti poistenia

Na spoločnú žiadosť zamestnanca a zamestnávateľa alebo na žiadosť inej osoby uvedenej v článku 9 príslušné úrady zmluvných štátov alebo nimi určené inštitúcie sa po vzájomnej dohode môžu odchýliť od ustanovení tejto zmluvy o povinnosti poistenia za predpokladu, že príslušná osoba podlieha právnym predpisom jedného zo zmluvných štátov. Pri rozhodovaní sa prihliada na druh a okolnosti zamestnania alebo samostatnej zárobkovej činnosti.

Druhá časť

Osobitné ustanovenia

Prvá kapitola

Dôchodkové poistenie

Článok 12

Započítavanie dôb poistenia a vypočítanie dôchodku

(1) Pri nároku na dávky podľa uplatňovaných právnych predpisov sa zohľadňujú aj tie doby poistenia, ktoré sú na nárok na dávky započítateľné podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu, ak sa časove neprekrývajú.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 13

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten nach Artikel 12 Absatz 1 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Unfallrenten) nach den slowakischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Slowakischen Republik.

Artikel 14

Besonderheiten für den slowakischen Träger

(1) Entsteht einer Person oder ihren Hinterbliebenen nach den slowakischen Rechtsvorschriften ein Anspruch auf eine Leistung allein aufgrund von Versicherungszeiten, die sie nach den slowakischen Rechtsvorschriften zurückgelegt hat, so berechnet der slowakische Träger diese Leistung ohne Rücksicht auf die Dauer der nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten.

(2) Entsteht einer Person oder ihren Hinterbliebenen ein Anspruch auf eine Leistung nach den slowakischen Rechtsvorschriften allein unter Berücksichtigung von nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten, wird die Leistung wie folgt bestimmt:

1. Der slowakische Träger stellt zunächst fest, ob nach seinen Rechtsvorschriften die betreffende Person unter Berücksichtigung der Summe der Versicherungszeiten die Voraussetzungen für den Leistungsanspruch erfüllt.
2. Ergibt sich nach Nummer 1 ein Anspruch auf eine Leistung, berechnet der slowakische Träger zunächst die theoretische Höhe der Leistung, die der Person zustehen würde, wenn alle nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten nach den slowakischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen wären.
3. Aufgrund der theoretischen Höhe der Leistung wird vom Träger eine Leistung in der Höhe des Betrags berechnet, der dem Verhältnis der nach den slowakischen Rechtsvorschriften tatsächlich zurückgelegten Versicherungszeiten zu der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Gesamtversicherungszeit entspricht.

(3) Kann der slowakische Träger die Höhe der Leistung nur unter Berücksichtigung der Versicherungszeiten, die nach den

(2) Ak na nárok na dávky sú potrebné určité doby poistenia, zohľadňujú sa na tento účel len porovnateľné doby poistenia podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu.

(3) Rozsah dôb poistenia, ktoré majú byť zohľadnené, sa spravuje právnymi predpismi toho zmluvného štátu, podľa ktorých boli získané.

(4) Vypočítanie dôchodku sa spravuje právnymi predpismi, ktoré sa uplatňujú v príslušnom zmluvnom štáte, ak v tejto zmluve nie je uvedené inak.

Článok 13

Zvláštnosti pre nemeckého nositeľa

(1) Základom pre zistenie osobných mzdových bodov sú mzdové body vyplývajúce z nemeckých právnych predpisov.

(2) Ustanovenie o započítaní dôb poistenia podľa článku 12 odsek 1 platí primerane na dávky, ktorých poskytnutie podľa nemeckých právnych predpisov závisí od zváženia nositeľa.

(3) Ak na nárok na dávky podľa nemeckých právnych predpisov je potrebné, aby určité doby poistenia boli získané v určitom časovom období a ak právne predpisy ďalej predpokladajú, že toto časové obdobie sa na základe určitých skutkových podstatí alebo dôb poistenia predlži, tak sa pre predĺženie zohľadnia aj doby poistenia získané podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu alebo porovnateľné skutkové podstaty v druhom zmluvnom štáte. Za porovnateľné skutkové podstaty sa považujú doby, počas ktorých boli vyplácané invalidné alebo starobné dôchodky alebo nemocenské, podpora v nezamestnanosti alebo dávky z dôvodu pracovného úrazu (s výnimkou úrazových dôchodkov) podľa slovenských právnych predpisov a doby starostlivosti o deti v Slovenskej republike.

Článok 14

Zvláštnosti pre slovenského nositeľa

(1) Ak podľa slovenských právnych predpisov vznikne osobe alebo jej pozostalým nárok na dávku len za dobu poistenia získanú podľa slovenských právnych predpisov, slovenský nositeľ vymeria takúto dávku bez ohľadu na dĺžku doby poistenia získanú podľa nemeckých právnych predpisov.

(2) Ak podľa slovenských právnych predpisov vznikne osobe alebo jej pozostalým nárok na dávku len s prihliadnutím na doby poistenia získané podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov, určí sa dávka nasledovným spôsobom:

1. Slovenský nositeľ najprv zistí, či podľa jeho právnych predpisov spĺňa príslušná osoba s prihliadnutím na súčet dôb poistenia podmienky nároku na dávku.
2. Ak vznikol nárok na dávku podľa bodu 1, vypočíta slovenský nositeľ najprv teoretickú sumu dávky, ktorá by osobe patrila, keby sa všetky doby poistenia získané podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov zohľadnili podľa slovenských právnych predpisov.
3. Na základe teoretickej sumy dávky vymeria nositeľ dávku v sume zodpovedajúcej pomeru medzi skutočne získanou dobou poistenia podľa slovenských právnych predpisov a celkovými dobami poistenia získanými podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov.

(3) Ak slovenský nositeľ môže vypočítať sumu dávky len s prihliadnutím na doby poistenia získané podľa slovenských

slowakischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden, berechnen, wird die Bestimmung des Absatzes 2 nicht angewandt.

(4) Das durchschnittliche Monatsentgelt, das erforderlich ist, um die Rentenhöhe festzulegen, wird nach den slowakischen Rechtsvorschriften berechnet.

(5) Wird dem Bezieher einer Leistung aus der slowakischen Rentenversorgung gleichzeitig eine Leistung anderer Art aus der deutschen Sozialversicherung oder nach anderen innerstaatlichen deutschen Gesetzen gezahlt, erfolgt keine Verminderung der Leistung aus der slowakischen Rentenversorgung wegen Zusammentreffens der Leistungen.

Kapitel 2

Unfallversicherung (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten)

Artikel 15

Berücksichtigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 16

Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaats auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erbracht, in dessen Hoheitsgebiet sich die berechtigte Person gewöhnlich aufhält. Besteht nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf Rente aus der Unfallversicherung, so hat der Träger dieses Vertragsstaats nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des eigenen Vertragsstaats zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei der Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung einer Berufskrankheit. Beruht diese auf der erneuten Ausübung einer gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht Anspruch auf Rente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, unter dessen Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

právných predpisov, nepoužije ustanovenie odseku 2.

(4) Priemerný mesačný zárobok, ktorý je potrebný na určenie výšky dôchodku sa vypočíta podľa slovenských právnych predpisov.

(5) Ak sa poberateľovi dávky zo slovenského dôchodkového zabezpečenia vypláca súčasne dávka iného druhu z nemeckého sociálneho poistenia alebo podľa iných nemeckých vnútroštátnych zákonov, zníženie dávky vyplácanej zo slovenského dôchodkového zabezpečenia sa z dôvodu súbehu nevykoná.

Druhá kapitola

Úrazové poistenie (Pracovné úrazy a choroby z povolania)

Článok 15

Zohľadnenie pracovných úrazov a chorôb z povolania

(1) Ak právne predpisy jedného zmluvného štátu ustanovujú, že pri určení stupňa zníženia pracovnej schopnosti alebo pri určení nároku na dávky v dôsledku pracovného úrazu alebo choroby z povolania je podľa týchto právnych predpisov potrebné zohľadniť iné pracovné úrazy alebo choroby z povolania, toto platí aj pre pracovné úrazy a choroby z povolania podliehajúce právnym predpisom druhého zmluvného štátu, tak ako keby podliehali právnym predpisom prvého zmluvného štátu. Pracovným úrazom, ktoré treba zohľadniť sú postavené na rovnakú úroveň také úrazy, ktoré musia byť zohľadnené ako úrazy alebo iné prípady odškodnenia podľa iných predpisov.

(2) Nositeľ príslušný na odškodnenie vzniknutej poistnej udalosti určí svoje plnenie podľa stupňa zníženia pracovnej schopnosti zapríčinennej pracovným úrazom alebo chorobou z povolania, ktorý je povinný zohľadniť podľa právnych predpisov, ktoré sa na neho vzťahujú.

Článok 16

Zohľadňovanie zamestnaní ohrozujúcich zdravie

(1) Na nárok na dávku z dôvodu choroby z povolania nositeľ jedného zmluvného štátu zohľadňuje aj tie zamestnania, ktoré boli vykonávané pri uplatňovaní právnych predpisov druhého zmluvného štátu a ktoré svojím charakterom mohli vyvolať túto chorobu (zamestnanie ohrozujúce zdravie). Ak v tomto prípade podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov vznikol nárok na dávku, budú vecné a peňažné dávky s výnimkou dôchodku poskytované len podľa právnych predpisov toho zmluvného štátu, na území ktorého má osoba trvalý pobyt. Ak podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu vznikol nárok na dôchodok z úrazového poistenia, potom nositeľ tohto zmluvného štátu je povinný poskytnúť len takú časť dôchodku, ktorá zodpovedá pomeru trvania zamestnania ohrozujúceho zdravie pri uplatňovaní právnych predpisov vlastného zmluvného štátu k trvaniu zamestnania ohrozujúceho zdravie podľa právnych predpisov oboch zmluvných štátov.

(2) Odsek 1 platí tiež pre nové určenie nároku na dávku na základe zhoršenia choroby z povolania. Ak toto zhoršenie vyplýva z opätovného vykonávania zdravia ohrozujúceho zamestnania, potom tu existuje nárok na dôchodok z dôvodu zhoršenia len podľa právnych predpisov toho zmluvného štátu, podľa ktorého právnych predpisov sa toto zamestnanie vykonávalo.

(3) Odseky 1 a 2 platia tiež na pozostalostné dávky.

Teil III**Verschiedene Bestimmungen****Kapitel 1****Amts- und Rechtshilfe****Artikel 17****Amts- und Rechtshilfe
und ärztliche Untersuchungen**

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und andere Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, der Verdienstausschlag, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken, die Reisekosten und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 18**Anerkennung vollstreckbarer Bescheide**

(1) Die vollstreckbaren Bescheide der Träger oder anderer Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (ordre public) des Vertragsstaats widerspricht, in dem der Bescheid anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Bescheide werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Bescheide gelten. Die Ausfertigung des Bescheides muss mit der Vollstreckungsklausel versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben beim Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Rechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Artikel 19**Schadensersatz-
ansprüche des Trägers gegen Dritte**

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; der andere Vertragsstaat erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaats nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaats als auch einem Träger des anderen Vertragsstaats zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaats auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaats auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der bei-

Tretia časť**Rôzne ustanovenia****Prvá kapitola****Úradná a právna pomoc****Článok 17****Úradná a právna
pomoc a lekárske vyšetrenia**

(1) Nositeľia, združenia nositeľov a iné úrady zmluvných štátov si pri vykonávaní tejto zmluvy a právnych predpisov uvedených vo vecnom rozsahu v článku 2 odsek 1 vzájomne poskytujú pomoc tak, ako keby išlo o uplatňovanie ich vlastných právnych predpisov. Táto pomoc je bezplatná. Výdavky v hotovosti sa uhrádzajú s výnimkou poštových poplatkov.

(2) Prvá veta odseku 1 platí aj na lekárske vyšetrenia. Náklady na vyšetrenie, ubytovanie na účely pozorovania, cestovné úhrady, strata na zárobku a iné výdavky vyplatené v hotovosti s výnimkou poštovného, uhrádza žiadateľ. Náklady nebudú uhradené, ak je lekárske vyšetrenie v záujme príslušných nositeľov oboch zmluvných štátov.

Článok 18**Uznávanie vykonateľných rozhodnutí**

(1) Vykonateľné rozhodnutia nositeľov alebo iných úradov jedného zmluvného štátu o príspevkoch a iných pohľadávkach zo sociálneho zabezpečenia sú uznávané druhým zmluvným štátom.

(2) Uznatie môže byť zamietnuté len ak odporuje verejnému poriadku zmluvného štátu (ordre public), v ktorom má byť rozhodnutie uznané.

(3) Vykonateľné rozhodnutia uznané podľa odseku 1 sa vykonávajú v druhom zmluvnom štáte. Konanie o výkone rozhodnutia sa spravuje právnymi predpismi, ktoré platia v zmluvnom štáte, na území ktorého majú byť vykonané zodpovedajúce rozhodnutia vydané na vykonanie v tomto štáte. Vyhodnotenie rozhodnutia musí byť opatrené doložkou vykonateľnosti.

(4) Pohľadávky nositeľov na území jedného zmluvného štátu majú pri exekučnom, konkurznom a vyrovnacom konaní na území druhého zmluvného štátu rovnaké právne postavenie ako príslušné pohľadávky na území tohoto zmluvného štátu.

Článok 19**Nároky nositeľov
na náhradu škody voči tretím osobám**

(1) Ak osoba, ktorá má podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu dostať plnenie za škodu, ktorá vznikla na území druhého zmluvného štátu podľa jeho právnych predpisov, má nárok voči tretej osobe na náhradu škody, potom prechádza tento nárok na náhradu na nositeľov prvého zmluvného štátu podľa pre neho platných právnych predpisov; druhý zmluvný štát tento prechod nároku na náhradu škody uzná.

(2) Ak má nositeľ jedného zmluvného štátu podľa jeho právnych predpisov pôvodný nárok na náhradu škody voči tretej osobe, potom to druhý zmluvný štát uzná.

(3) Ak nároky na náhradu škody týkajúce sa dávok rovnakého druhu z toho istého škodového prípadu patria tak nositeľovi jedného zmluvného štátu, ako aj nositeľovi druhého zmluvného štátu, potom nositeľ jedného zmluvného štátu na žiadosť nositeľa druhého zmluvného štátu uplatní aj jeho nárok na náhradu škody. Tretia osoba môže nároky nositeľov uspokojiť s oslo-

den Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger des ersten Vertragsstaats nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

Artikel 20

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung der Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 21

Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und andere Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Satz 3 gilt auch für Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die eine entsprechende Anwendung dieses Gesetzes vorsehen, erlassen werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern und andere Behörden der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 22

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich

bodzujúcim účinkom platbou jednému alebo druhému nositeľovi. Nositelia sú vo vnútornom vzťahu povinní sa vzájomne vyrovnáť v pomere nimi poskytovaného plnenia.

(4) Ak nárok určitej osoby na náhradu škody zahŕňa aj nárok na náhradu príspevkov na sociálne poistenie, prechádza aj tento nárok na náhradu škody na nositeľa plnenia prvého zmluvného štátu podľa a pre neho platných právnych predpisov.

Článok 20

Poplatky a legalizácia

(1) Ak právne predpisy jedného zmluvného štátu ustanovujú oslobodenie od daní, správnych poplatkov vrátane konzulárnych poplatkov alebo ich zníženie a úhradu výdavkov za písomnosti alebo doklady, ktoré je potrebné predložiť pri vykonávaní právnych predpisov tohto zmluvného štátu, toto sa vzťahuje aj na príslušné písomnosti a doklady, ktoré je potrebné predložiť pri vykonávaní tejto zmluvy alebo právnych predpisov druhého zmluvného štátu uvedených vo vecnom rozsahu v článku 2 odsek 1.

(2) Doklady a písomnosti, ktoré je potrebné predložiť pri vykonávaní tejto zmluvy alebo právnych predpisov jedného zmluvného štátu uvedených vo vecnom rozsahu v článku 2 odsek 1 vo vzťahu k pracoviskám druhého zmluvného štátu nevyžadujú legalizáciu alebo iný obdobný formálny úkon.

Článok 21

Doručovanie a dorozumievacie jazyky

(1) Nositelia, združenia nositeľov a iné úrady zmluvných štátov môžu pri vykonávaní tejto zmluvy a právnych predpisov uvedených vo vecnom rozsahu v článku 2 odsek 1 priamo medzi sebou ako aj so zúčastnenými osobami a ich zástupcami komunikovať vo svojich štátnych jazykoch. Právne predpisy o prizývaní tlmočníkov týmto nie sú dotknuté. Rozhodnutia alebo iné písomnosti môžu byť doručené priamo osobe zdržiavajúcej sa na území druhého zmluvného štátu doporučené s návratkou. Tretia veta platí aj pre rozhodnutia a iné doručované písomnosti, ktoré sa vydávajú pri vykonávaní nemeckého zákona o zabezpečení obetí vojny a zákonov primerane upravujúcich používanie tohto zákona.

(2) Nositelia, združenia nositeľov a iné úrady zmluvných štátov nemôžu odmietnuť prijatie podaní a dokladov z dôvodu, že tieto sú napísané v štátnom jazyku druhého zmluvného štátu.

Článok 22

Rovnosť žiadostí

(1) Ak bola žiadosť o dávku podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu podaná na mieste v druhom zmluvnom štáte, ktoré je príslušné prijať žiadosť o zodpovedajúcu dávku podľa jeho platných právnych predpisov, potom sa žiadosť považuje za podanú príslušnému nositeľovi. Toto platí primerane pre iné žiadosti, ako aj vyhlásenia a opravné prostriedky.

(2) Žiadosti, vyhlásenia a opravné prostriedky musí inštitúcia jedného zmluvného štátu uvedená v odseku 1, ktorej boli podané, bez meškania postúpiť príslušnej inštitúcii druhého zmluvného štátu.

(3) Žiadosť o dávku podaná podľa právnych predpisov jedného zmluvného štátu sa považuje aj za žiadosť o zodpovedajúcu dávku podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu. Toto neplatí ak žiadateľ výslovne požaduje, aby určenie

beantragt, dass die Feststellung eines Anspruchs auf eine Leistung bei Alter nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats aufgeschoben wird.

Artikel 23

Vertretung durch eine diplomatische oder konsularische Vertretung

Eine diplomatische oder konsularische Vertretung des einen Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ist berechtigt, auf Antrag des Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie kann insbesondere bei den Trägern, Verbänden von Trägern, anderen Behörden und Gerichten des anderen Vertragsstaats im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

Artikel 24

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Verwendung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem innerstaatlichen Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Verbote für die Übermittlung von Daten zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staates nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.
5. Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von

nároku na dávku v prípade staroby podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu bolo odložené.

Článok 23

Zastupovanie diplomatickou misiou alebo konzulárnym úradom

Diplomatická misia alebo konzulárny úrad jedného zmluvného štátu na území druhého zmluvného štátu je oprávnený na žiadosť oprávnenej osoby vykonať nutné úkony na zabezpečenie a zachovanie práv štátnych občanov prvého zmluvného štátu, pričom sa nemusí preukázať plnou mocou. Tieto môžu v záujme štátnych občanov najmä podávať žiadosti, vydávať vyhlásenia alebo podávať opravné prostriedky u nositeľov, združení nositeľov a na iných úradoch a na súdoch druhého zmluvného štátu.

Článok 24

Ochrana údajov

(1) Ak sa na základe tejto zmluvy podľa ustanovení vnútroštátneho právneho poriadku poskytujú osobné údaje, uplatňujú sa pri dodržaní právnych predpisov platných pre každý zmluvný štát nasledovné ustanovenia:

1. Na účely vykonávania tejto zmluvy a právnych predpisov, na ktoré sa táto zmluva vzťahuje môžu byť údaje odovzdané príslušným miestam v prijímajúcom štáte. Prijímajúci štát ich môže spracovať a použiť na tieto účely. Ich odovzdávanie miestam v prijímajúcom štáte alebo ich využitie na iné účely v prijímajúcom štáte je prípustné len podľa právneho poriadku prijímajúceho štátu, ak to slúži účelom sociálneho zabezpečenia vrátane s tým súvisiacim súdnym konaním. To nebráni odovzdávaniu týchto údajov v prípadoch, ak existuje takáto povinnosť podľa zákonov a iných predpisov prijímajúceho štátu s prihliadnutím na záujmy chránené trestnoprávnymi predpismi alebo na daňové účely. V iných prípadoch sa následné odovzdávanie ďalším miestam môže uskutočniť len s predchádzajúcim súhlasom poskytujúceho miesta.
2. Prijemca v jednotlivých prípadoch na požiadanie informuje miesto, ktoré odovzdávanie uskutočnilo o využití poskytovaných údajov ako aj o výsledkoch, ktoré sa tým dosiahli.
3. Miesto, ktoré odovzdávanie uskutočnilo, je povinné dohliadať na správnosť poskytovaných údajov ako aj na potrebu a primeranosť vzhľadom na účel, na ktorý sa odovzdanie uskutočnilo. Pri tom je potrebné zohľadniť zákazy odovzdávania údajov, ktoré platia podľa vnútroštátneho právneho poriadku toho ktorého štátu. Ak sa preukáže, že boli poskytnuté nesprávne údaje alebo údaje, ktoré sa podľa právneho poriadku poskytujúceho štátu nesmú odovzdávať, túto skutočnosť je potrebné bez meškania oznámiť prijímajúcemu miestu. To je povinné vykonať ich opravu alebo vymazanie.
4. Na žiadosť dotknutej osoby musí jej byť poskytnuté oznámenie, na aký predpokladaný účel sa využívajú poskytované údaje, ktoré sa jej týkajú. Inak sa právo dotknutej osoby na získanie informácie o údajoch, ktoré o nej existujú, spravuje vnútroštátnym právnym poriadkom toho zmluvného štátu, od ktorého miesta sa tieto informácie požadujú.
5. Ak určité miesto jedného zmluvného štátu v súlade s touto zmluvou odovzdalo určité osobné údaje, nemôže sa prijímajúce miesto druhého zmluvného štátu v rámci svojho ručenia podľa vnútroštátneho právneho poriadku odvolávať pri svojej obhajobe voči poškodenému na to, že poskytnuté údaje neboli správne. Ak prijímajúce miesto poskytne náhradu škody z dôvodu škody, ku ktorej došlo v dôsledku použitia nesprávne poskytnutých údajov, v takom prípade miesto,

unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

6. Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 25

Durchführung des Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich nach Artikel 2 Absatz 1 erfassten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Slowakischen Republik
die Sozialversicherungsanstalt Pressburg
(Sociálna poisťovňa, Bratislava);
2. in der Bundesrepublik Deutschland
für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz,
Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin,

soweit die deutschen gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung des Abkommens beteiligt sind, die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn.

ktoré tieto údaje odovzdalo, uhradí prijímajúcemu miestu celkovú sumu poskytnutej náhrady.

6. Poskytnuté osobné údaje musia byť vymazané, ak už nie sú potrebné na účel, na ktorý boli odovzdané a nie je dôvod sa domnievať, že by sa ich vymazaním obmedzili záujmy dotknutej osoby v oblasti sociálneho zabezpečenia, ktoré je potrebné chrániť.
7. Poskytujúce a prijímajúce miesta sú povinné evidovať poskytnutie i prijatie osobných údajov.
8. Poskytujúce a prijímajúce miesta sú povinné účinne chrániť poskytované osobné údaje pred nepovolaným prístupom, nepovolanou zmenou a nepovolaným zverejnením.

(2) Ustanovenia odseku 1 platia primerane pre prevádzkové a obchodné tajomstvá.

Druhá kapitola

Vykonávanie a výklad zmluvy

Článok 25

Vykonávanie zmluvy a kontaktné miesta

(1) Vlády alebo príslušné úrady môžu na účely vykonávania tejto zmluvy uzavrieť potrebné dohody. Príslušné úrady sa informujú o zmenách a doplnkoch pre ne platných právnych predpisov uvedených vo vecnom rozsahu v článku 2 odsek 1.

(2) Na účely vykonávania tejto zmluvy sa určujú nasledovné kontaktné miesta:

1. v Slovenskej republike
Sociálna poisťovňa, Bratislava
(Sozialversicherungsanstalt, Pressburg)
2. v Spolkovej republike Nemecko
pre dôchodkové poistenie robotníkov
Krajinská poisťovňa Dolné Bavorsko-Horné Falcko, Landshut,
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut,
pre dôchodkové poistenie zamestnancov
Spolková poisťovňa pre zamestnancov, Berlín,
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,
pre dôchodkové poistenie baníkov
Spolkové banské bratstvo, Bochum,
die Bundesknappschaft, Bochum,
pre pripoistenie hutníkov
Krajinská poisťovňa pre Sársko, Saarbrücken,
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken,
pre úrazové poistenie
Hlavný zväz priemyslových profesných združení, registrovaný spolok, Sankt Augustin,
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Sankt Augustin
pokiaľ sa na vykonávaní tejto zmluvy podieľajú nemeckí nositelia zákonného nemocenského poistenia, je to
Nemecké kontaktné miesto Nemocenské poistenie – zahraničie, Bonn.
die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese bestimmte Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und slowakischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. sonstige im Gebiet der Slowakischen Republik zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremderrenten anzurechnen sind oder
3. der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik gewöhnlich aufhält oder
4. der Berechtigte sich als slowakischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Vertragsstaaten aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten Stellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden unbeschadet des Absatzes 1 für ihren Zuständigkeitsbereich die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen.

(6) Absatz 5 gilt entsprechend für die in Artikel 11 Satz 1 von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

Artikel 26

Währung und Umrechnungskurse

Leistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Leistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an den Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats vorzunehmen.

Artikel 27

Erstattungen

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaats einer Person Leistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht erbrachte Betrag von einer Leistung, auf die die Person nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats Anspruch hat, zugunsten des Trägers des ersten Vertragsstaats einbehalten werden.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaats Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Leistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers des anderen Vertragsstaats einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet des ersten Vertragsstaats. Die Pflicht zur Erstattung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

Artikel 28

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(3) Ak to už nepredpisujú nemecké právne predpisy, je kon-
tákné miesto, ktoré bolo určené v rámci dôchodkového poi-
stenia robotníkov ako príslušné na všetky konania, vrátane
vymerania a poskytovania dávok, ak

1. sú doby poistenia, ktoré boli získané alebo sa majú
započítat' podľa nemeckých a slovenských právnych pred-
pisov alebo
2. sa iné doby poistenia získané na území Slovenskej republi-
ky majú započítat' podľa nemeckých právnych predpisov o
cudziích dôchodkoch alebo
3. má oprávnený trvalý pobyt na území Slovenskej republiky
alebo
4. má oprávnený ako Slovenský štátny občan trvalý pobyt
mimo zmluvných štátov.

Pre dávky na rehabilitáciu to platí iba vtedy, ak sa tieto poskytu-
jú v rámci prebiehajúceho dôchodkového konania.

(4) Príslušnosť železničiarkej poisťovne a Námorníckej po-
kladne podľa nemeckých právnych predpisov zostáva nedot-
knutá.

(5) Kontaktné miesta a miesta uvedené v odseku 4 sa splno-
mocňujú, aby sa bez ohľadu na ustanovenie odseku 1 spolu s
príslušnými úradmi v rámci svojej pôsobnosti dohodli na po-
trebných a účelných administratívnych opatreniach na účely
vykonávania tejto zmluvy, vrátane postupu o náhrade a vyplá-
caní peňažných dávok.

(6) Odsek 5 sa primerane vzťahuje na inštitúcie určené pris-
lušnými úradmi v článku 11 prvá veta tejto zmluvy.

Článok 26

Mena a prepočítacie kurzy

Nositel' jedného zmluvného štátu môže osobe, ktorá sa
zdržiava na území druhého zmluvného štátu poskytovať dávky
v jeho mene s oslobodzujúcim účinkom. Vo vzťahu medzi nosi-
tel'om a oprávnenou osobou je pre prepočet rozhodujúci kurz
toho dňa, z ktorého sa vychádzalo pri prevode dávky. Ak má
nositel' vykonať platby pre nositel'a druhého zmluvného štátu,
potom sa musia vykonať v mene druhého zmluvného štátu.

Článok 27

Náhrady

(1) Ak nositel' jedného zmluvného štátu neoprávnene
poskytol osobe dávky, potom môže byť neoprávnene poskyt-
nutá časť dávky, na ktorú má osoba nárok podľa právnych
predpisov druhého zmluvného štátu zadržaná v prospech nosi-
tel'a prvého zmluvného štátu.

(2) Ak má osoba nárok na dávku podľa právnych predpisov
jedného zmluvného štátu za určité obdobie, za ktoré jej alebo jej
rodinným príslušníkom boli poskytované dávky nositel'om
sociálnej pomoci druhého zmluvného štátu, v takomto prípade
dávky musia byť na požiadanie a v prospech k náhrade opráv-
neného nositel'a sociálnej pomoci prvého zmluvného štátu
zadržané, tak ako keby išlo o nositel'a sociálnej pomoci so síd-
lom na území prvého zmluvného štátu. Ak sa nositel' druhého
zmluvného štátu dozvedel o výpláte sociálnej pomoci nositel'om
sociálnej pomoci prvého zmluvného štátu až po vyplatení dávok,
nie je povinný uhradiť vyplatenú sumu.

Článok 28

Riešenie sporov

(1) Spory medzi obidvoma zmluvnými štátmi vzniknuté pri
výklade alebo vykonávaní tejto zmluvy budú, ak je to možné,
riešiť príslušné úrady.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten nach dem Tag bestellt, an dem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Regelung zur Verteilung der Kosten treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(2) Ak urovnanie sporu týmto spôsobom nie je možné, potom sa tento spor na žiadosť jedného zo zmluvných štátov predloží rozhodcovskému súdu.

(3) Rozhodcovský súd sa vytvára ad hoc tak, že každý zmluvný štát vymenuje jedného člena a obaja členovia sa dohodnú na občianovi tretieho štátu ako predsedovi, ktorého vymenujú vlády oboch zmluvných štátov. Členovia sa vymenujú v lehote dvoch mesiacov, predseda v lehote troch mesiacov po dni, keď jeden zo zmluvných štátov oznámil druhému zmluvnému štátu, že chce vzniknutý spor predložiť rozhodcovskému súdu.

(4) Ak lehoty, uvedené v odseku 3 nebudú dodržané, môže z dôvodu neexistencie inej dohody každý zo zmluvných štátov požiadať prezidenta Európskeho súdneho dvora pre ľudské práva o potrebné vymenovania. Ak je prezident štátnym občanom jedného zo zmluvných štátov alebo ak z iného dôvodu nemôže vymenovanie vykonať, potom by mal vymenovania vykonať viceprezident. Ak aj viceprezident je štátnym občanom jedného zo zmluvných štátov alebo ak aj on nemôže toto vymenovanie vykonať, potom vymenovanie vykoná funkčne nasledujúci člen súdneho dvora, ktorý nie je štátnym občanom jedného zo zmluvných štátov.

(5) Rozhodcovský súd rozhoduje väčšinou hlasov na základe existujúcich zmlúv medzi zmluvnými štátmi a podľa medzinárodného práva. Jeho rozhodnutia sú záväzné. Každý zmluvný štát hradí náklady za svojho člena ako aj náklady spojené s jeho zastupovaním v konaní pred rozhodcovským súdom. Náklady za predsedu ako aj ďalšie náklady uhrádzajú rovnakým dielom oboja zmluvné štáty. Rozhodcovský súd môže určiť inú úpravu delenia nákladov. Inak si rozhodcovský súd určuje vlastné procesné pravidlá.

Teil IV

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 29

Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen

1. für die Zeit vor seinem Inkrafttreten,
2. in den Fällen, in denen Anspruch auf Leistungen nach dem Abkommen vom 11. September 1956 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik besteht,
3. nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats für nach dessen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten bei Personen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten und nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats Leistungen für die nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats zurückgelegten Versicherungszeiten beziehen, solange sie sich im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in den Fällen, in denen sich Zeiten des Bezugs von Renten verschiedener Art ohne Unterbrechung aneinander anschließen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen rechtserheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach dem Tag seines Inkrafttretens gestellt, so wird die Rente ab dem Tag geleistet, den die inner-

Štvrtá časť

Prechodné a záverečné ustanovenia

Článok 29

Nároky na dávky na základe tejto zmluvy

(1) Táto zmluva nezakladá nárok na dávky

1. a dobu pred nadobudnutím jej platnosti,
2. tých prípadoch, v ktorých existuje nárok na dávky podľa Dohody medzi vládou Československej republiky a vládou Nemeckej demokratickej republiky o spolupráci na poli sociálnej politiky z 11. septembra 1956,
3. pre osoby, ktoré získali doby poistenia podľa právnych predpisov zmluvného štátu a v čase nadobudnutia platnosti zmluvy majú trvalý pobyt na území druhého zmluvného štátu, kde podľa právnych predpisov tohto zmluvného štátu poberajú dávky za doby poistenia získané podľa právnych predpisov prvého zmluvného štátu, pokiaľ majú trvalý pobyt v druhom zmluvnom štáte. Toto platí primerane aj v prípadoch, v ktorých doby poberania dôchodkov rôzneho druhu na seba bez prerušenia nadväzujú.

(2) Pri vykonávaní tejto zmluvy sa zohľadňujú aj právne relevantné skutočnosti, ktoré vznikli podľa právnych predpisov zmluvných štátov pred nadobudnutím platnosti tejto zmluvy.

(3) Predchádzajúce rozhodnutia nebránia uplatňovaniu tejto zmluvy.

(4) Ak sa podá žiadosť o priznanie dôchodku, na ktorý vznikol nárok len s prihliadnutím na túto zmluvu v lehote do 12 mesiacov odo dňa nadobudnutia jej platnosti, dôchodok sa bude poskytovať odo dňa určeného vnútroštátnymi právnymi predpis-

staatlichen Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats bestimmen, frühestens ab dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung von Amts wegen neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. In diesen Fällen gilt unbeschadet des Artikels 22 Absatz 3 der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt ohne Berücksichtigung dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 30 **Schlussprotokoll**

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 31 **Ratifikation und Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Pressburg ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 32 **Geltungsdauer des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Berlin am 12. September 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

mi príslušného zmluvného štátu, bez ohľadu na nevýhodnejšie lehoty na podanie žiadosti, najskôr odo dňa nadobudnutia platnosti zmluvy. Výhodnejšie vnútroštátne právne predpisy zostávajú nedotknuté.

(5) Dôchodky, ktoré boli vymerané pred nadobudnutím platnosti tejto zmluvy, môžu byť s prihliadnutím na ňu znova vymierané ex offio, iba ak na základe ustanovení tejto zmluvy dochádza ku zmene. V tých prípadoch platí bez ohľadu na Článok 22 ods. 3 ten deň, ktorým začal nositeľ konanie, za deň podania žiadosti podľa právnych predpisov druhého zmluvného štátu.

(6) Ak by podľa odseku 5 nevznikol nárok na dôchodok alebo novovymieraný dôchodok bude nižší ako ten, ktorý sa naposledy vyplácal bez prihliadnutia na túto zmluvu, bude sa naďalej vyplácať dôchodok v doterajšej výške.

Článok 30 **Záverečný protokol**

Priložený Záverečný protokol je súčasťou tejto zmluvy.

Článok 31 **Ratifikácia a nadobudnutie platnosti**

(1) Táto zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené čo najskôr v Bratislave.

(2) Táto zmluva nadobudne platnosť prvým dňom druhého mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

Článok 32 **Doba platnosti zmluvy**

(1) Táto zmluva sa uzaviera na dobu neurčitú. Každý zmluvný štát ju môže písomne diplomatickou cestou vypovedať v lehote najneskôr do troch mesiacov pred koncom kalendárneho roka.

(2) V prípade ukončenia platnosti tejto zmluvy v dôsledku výpovede zostávajú naďalej v platnosti jej ustanovenia týkajúce sa už nadobudnutých nárokov na dávky. Obmedzujúce právne predpisy o vylúčení nároku alebo pozastavení či odňatí dávok z dôvodu pobytu v zahraničí sa pre tieto nároky nezohľadňujú.

Dané v Berlíne dňa 12. septembra 2002 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v jazyku nemeckom a slovenskom, pričom obidve znenia majú rovnakú platnosť.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovú republiku Německo

Michael Schaefer
Klaus Achenbach

Für die Slowakische Republik
Za Slovenskú republiku

Magvaši

**Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Slowakischen Republik
über Soziale Sicherheit**

**Závěrečný protokol
k Zmluve
medzi Spolkovou republikou Nemecko
a Slovenskou republikou
o sociálnom zabezpečení**

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten erklärt, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen des Teils II Kapitel 1 über die Rentenversicherung nicht.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in den von den beiden Vertragsstaaten geschlossenen zwischenstaatlichen Übereinkünften bleiben unberührt.
- b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Slowakische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beiträge für mindestens 60 Monate wirksam entrichtet haben. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummern 2 und 3 des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik aufhalten.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt besteht.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

Dnes pri podpísaní Zmluvy medzi Spolkovou republikou Nemecko a Slovenskou republikou o sociálnom zabezpečení, vyhlásili splnomocnení zástupcovia obidvoch zmluvných štátov, že sa dohodli takto:

1. K článku 2 zmluvy:

Pre dôchodkové poistenie roľníkov a doplnkové poistenie baníkov, ktoré existujú v Spolkovej republike Nemecko, neplatia osobitné ustanovenia o dôchodkovom poistení uvedené v Druhej Časti v Prvej kapitole.

2. K článku 4 zmluvy:

- a) Právne predpisy o poistných bremenách ustanovené v medzištátnych zmluvách, ktoré boli uzatvorené zmluvnými štátmi zostávajú nedotknuté.
- b) Právne predpisy zmluvného štátu, ktoré zabezpečujú spoluúčasť poistencov a zamestnávateľov v samosprávnych orgánoch nositeľov a ich združeniach, ako aj pri súdnictve v oblasti sociálneho zabezpečenia, zostávajú nedotknuté.
- c) Štátni občania Slovenskej republiky, ktorí majú trvalý pobyt mimo územia Spolkovej republiky Nemecko, majú právo na dobrovoľné poistenie v nemeckom dôchodkovom poistení, ak do tohto poistenia odvádzali platné príspevky najmenej 60 mesiacov. Výhodnejšie vnútroštátne právne predpisy zostávajú nedotknuté. Toto platí aj pre utečencov a osoby bez štátneho občianstva uvedené v článku 3 odseky 2 a 3 tejto zmluvy, ktorí majú trvalý pobyt na území Slovenskej republiky.

3. K článku 5 zmluvy:

- a) Na osoby, ktoré majú trvalý pobyt na území Slovenskej republiky, sa vzťahuje článok 5 zmluvy ohľadom dôchodku podľa nemeckých právnych predpisov z dôvodu zníženej pracovnej schopnosti len vtedy, ak existuje nárok nezávisle od situácie na nemeckom trhu práce.
- b) Nemecké právne predpisy o dávkach za pracovné úrazy a choroby z povolania, ku ktorým nedošlo na území Spolkovej republiky Nemecko, ako aj o dávkach za doby poistenia, ktoré neboli získané na území Spolkovej republiky Nemecko, zostávajú nedotknuté.
- c) Nemecké právne predpisy o dávkach na rehabilitáciu, poskytované nositeľom dôchodkového poistenia zostávajú nedotknuté.
- d) Nemecké právne predpisy, ktoré predpokladajú pozastavenie nárokov z dôchodkového poistenia pre osoby, ktoré sa pobytom v cudzine vyhýbajú trestnému konaniu vedenému proti nim, zostávajú nedotknuté.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

- a) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats über die Versicherungspflicht, so finden in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber auch die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung Anwendung.
- b) Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Vertragsstaats, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

5. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

7. Zu Artikel 10 des Abkommens:

- a) Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.
- b) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die dort genannten Arbeitnehmer, die von einem anderen deutschen öffentlichen Arbeitgeber im Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik beschäftigt werden.

8. Zu Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 1 und des Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustandegekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

9. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdretenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie über Leistungen für nach dem Fremdretenrecht anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

4. K článkom 6 až 11 zmluvy:

- a) Ak osoba podľa článkov 6 až 11 zmluvy podlieha právnym predpisom zmluvného štátu o povinnosti poistiť sa, vzťahujú sa rovnakým spôsobom na ňu a jej zamestnávateľ a aj právne predpisy tohto zmluvného štátu o povinnosti poistiť sa pre prípad nezamestnanosti.
- b) Zamestnávateľia vyslaných zamestnancov sú povinní spolupracovať v oblasti bezpečnosti práce a predchádzania úrazom s príslušnými nositeľmi a organizáciami toho zmluvného štátu, v ktorom je zamestnanec zamestnaný. Vnútroštátne právne predpisy, ktoré tieto vzťahy upravujú v širšom rozsahu, zostávajú nedotknuté.

5. K článku 7 zmluvy:

Osobám, ktoré sú ku dňu nadobudnutia platnosti zmluvy zamestnané, začína týmto dňom plynúť určená lehota.

6. K článku 9 zmluvy:

Nemecké právne predpisy úrazového poistenia o poistnej ochrane pri poskytnutí pomoci a iných od zamestnania nezávislých konaniach v zahraničí, zostávajú nedotknuté.

7. K článku 10 zmluvy:

- a) lehota stanovená v ods. 2 začína plynúť osobám, ktoré sú zamestnané v deň nadobudnutia platnosti zmluvy, týmto dňom.
- b) odseky 1 a 2 platia primerane pre tam uvedených zamestnancov, ktorí sú zamestnaní iným nemeckým zamestnávateľom verejnej služby na území Slovenskej republiky.

8. K článku 10 odsek 1 a k článku 11 zmluvy:

Ak pri uplatňovaní článku 10 ods. 1 a článku 11 zmluvy dotknutá osoba podlieha nemeckým právnym predpisom považuje sa za zamestnanú alebo zárobkovo činnú tam, kde bola naposledy zamestnaná alebo zárobkovo činná, pričom naďalej platí iná úprava zakladajúca sa na predchádzajúcom uplatňovaní článku 7 zmluvy. Ak táto osoba nebola predtým zamestnaná alebo zárobkovo činná na území Spolkovej republiky Nemecko, potom sa považuje za osobu zamestnanú alebo zárobkovo činnú v tom mieste, v ktorom má sídlo príslušný nemecký úrad.

9. Nemecké právne predpisy o dávkach za pracovné úrazy a choroby z povolania, ktoré sa odškodňujú podľa právnych predpisov o cudzích dôchodkoch, a o dávkach za doby poistenia, ktoré sa započítavajú podľa právnych predpisov o cudzích dôchodkoch, zostávajú nedotknuté.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Slowakischen Republik
über Soziale Sicherheit

Vykonávacia dohoda
k Zmluve
medzi Spolkovou republikou Nemecko
a Slovenskou republikou
o sociálnom zabezpečení

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Slowakischen Republik –

Vláda Spolkovej republiky Nemecko
a
vláda Slovenskej republiky

auf der Grundlage des Artikels 25 Absatz 1 des Abkommens vom 12. September 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik über Soziale Sicherheit (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) –

na základe článku 25 odsek 1 Zmluvy medzi Spolkovou republikou Nemecko a Slovenskou republikou o sociálnom zabezpečení zo dňa 12. septembra 2002, (ďalej len „zmluva“), sa dohodli takto:

haben Folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2
Aufklärung

Den nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 25 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3
Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 25 Absätze 2 und 4 und in Artikel 17 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus dem Abkommen, dieser Vereinbarung sowie den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Hat eine Person nach dem Abkommen, nach dieser Vereinbarung oder nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Prvá časť
Všeobecné ustanovenia

Článok 1
Definovanie pojmov

Pojmy použité v ustanoveniach tejto dohody majú taký istý význam ako je stanovený v zmluve.

Článok 2
Informovanie

Kontaktným miestam uvedeným v článku 25 odsek 2 zmluvy a príslušným nemeckým nositeľom uvedeným v článku 25 odsek 4 zmluvy prináleží v rozsahu ich pôsobnosti všeobecné informovanie dotknutých osôb o právach a povinnostiach vyplývajúcich zo zmluvy.

Článok 3
Oznamovacia povinnosť

(1) Inštitúcie uvedené v článku 25 odsekoch 2 a 4 a v článku 17 zmluvy sú povinné v rozsahu svojej pôsobnosti oznámiť si navzájom a dotknutým osobám skutočnosti a poskytnúť dôkazové prostriedky potrebné na zabezpečenie práv a povinností vyplývajúcich zo zmluvy, tejto dohody ako aj z právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1 zmluvy.

(2) V prípade, ak je osoba podľa zmluvy, tejto dohody alebo podľa právnych predpisov uvedených v článku 2 odsek 1 zmluvy, povinná oznámiť nositeľovi alebo inštitúcii určité skutočnosti, táto povinnosť sa vzťahuje aj na príslušné skutočnosti, ktoré sú dané na území druhého zmluvného štátu alebo vyplývajúce z jeho právnych predpisov. Toto platí aj vtedy, ak je osoba povinná poskytnúť určité dôkazové prostriedky.

Artikel 4**Bescheinigung über
die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen der Artikel 7 und 10 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 11 des Abkommens stellt die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland, Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die slowakischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Sozialversicherungsanstalt, Pressburg, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5**Zahlverfahren**

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats können unmittelbar oder über die Verbindungsstellen oder über die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 25 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

Artikel 6**Statistiken**

Die nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 25 Absatz 4 des Abkommens erstellen und übermitteln einander jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf die Rentenarten, Zahl und Gesamtbetrag der ausgezahlten Renten und Abfindungen erstrecken.

Abschnitt II**Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Rentenversicherung****Artikel 7****Umrechnung von Versicherungszeiten**

(1) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den deutschen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 12 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den slowakischen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

Es entsprechen

- dreißig Tage einem Monat und
- dreihundertsechzig Tage zwölf Monaten.

Dieses Verfahren darf nicht dazu führen, dass für ein Kalenderjahr eine Versicherungszeit von mehr als zwölf Monaten berücksichtigt wird.

(2) Die Tage, die gemäß Absatz 1 einem Teil eines Monats entsprechen, gelten als ganzer Monat.

Článok 4**Potvrdenie o
použitých právnych predpisoch**

(1) V prípadoch uvedených v článkoch 7, 10 a 11 zmluvy vo vzťahu k danému zamestnaniu vydá na žiadosť príslušný nositeľ zmluvného štátu, ktorého právne predpisy majú byť použité, potvrdenie o tom, že zamestnanec a zamestnávateľ podliehajú jeho právnym predpisom. V tomto potvrdení musí byť v prípadoch uvedených v článkoch 7 a 11 zmluvy stanovená určitá lehota platnosti.

(2) Ak majú byť použité nemecké právne predpisy, vydá toto potvrdenie v prípadoch uvedených v článkoch 7 a 10 zmluvy nositeľ nemocenského poistenia, ktorému boli odvádzané príspevky na dôchodkové poistenie, inak Spolková poisťovňa pre zamestnancov, Berlín. V prípadoch uvedených v článku 11 zmluvy potvrdenie vydá Nemecké kontaktné miesto Nemocenské poistenie – zahraničie, Bonn.

(3) Ak majú byť použité slovenské právne predpisy, vydá toto potvrdenie Sociálna poisťovňa, Bratislava.

Článok 5**Platobný styk**

Príjmom na území druhého zmluvného štátu môžu byť vyplácané peňažné dávky priamo alebo prostredníctvom kontaktných miest alebo príslušných nemeckých nositeľov uvedených v článku 25 odsek 4 zmluvy.

Článok 6**Štatistiky**

Kontaktné miesta určené v článku 25 odsek 2 zmluvy a príslušní nemeckí nositelia uvedení v článku 25 odsek 4 zmluvy vypracujú každý rok štatistiky o platbách dôchodkov uskutočnených na území druhého zmluvného štátu, a to podľa stavu k 31. decembru a tieto si budú navzájom zasielať. Údaje majú podľa možnosti obsahovať druhy dôchodkov, počet a celkovú sumu vyplatených dôchodkov a jednorázového vyrovnania.

Druhá časť**Osobitné ustanovenia****Prvá kapitola****Dôchodkové zabezpečenie****Článok 7****Prepočet dôb poistenia**

(1) Pri započítavaní dôb poistenia pre nárok na dávky podľa nemeckých právnych predpisov sa podľa článku 12 zmluvy doby poistenia podľa slovenských právnych predpisov prepočítavajú takto:

- 30 dní zodpovedá jednému mesiacu a
- 360 dní zodpovedá 12 mesiacom.

Tento postup nesmie viesť k tomu, že sa v jednom kalendárnom roku zohľadní doba poistenia v trvaní viac než 12 mesiacov.

(2) Dni, ktoré podľa odseku 1 zodpovedajú časti mesiaca, sa považujú za celý mesiac.

(3) Bei der Zusammenrechnung von Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch nach den slowakischen Rechtsvorschriften aufgrund des Artikels 12 des Abkommens werden Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften wie folgt umgerechnet:

- zwölf Monate entsprechen dreihundertfünfundsechzig Tagen;
- bei einer kürzeren Zeit als zwölf Monaten entspricht ein Monat dreißig Tagen.

Kapitel 2 Unfallversicherung

Artikel 8 Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Geht dem Träger des Aufenthaltsorts die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Abschnitt III Schlussbestimmung

Artikel 9 Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Die Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Berlin am 12. September 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) Pri započítavaní dôb poistenia pre nárok na dávky podľa slovenských právnych predpisov sa podľa článku 12 zmluvy doby poistenia podľa nemeckých právnych predpisov prepočítavajú takto:

- 12 mesiacov zodpovedá 365 dňom;
- pri dobách kratších ako 12 mesiacov zodpovedá jeden mesiac 30 dňom.

Druhá kapitola Úrazové poistenie

Článok 8 Oznamovanie pracovných úrazov

(1) Pri oznamovaní pracovného úrazu alebo choroby z povolania platia právne predpisy zmluvného štátu, podľa ktorých existuje poistenie.

(2) Oznámenie sa adresuje príslušnému nositeľ'ovi. V prípade, že oznámenie obdrží nositeľ' miesta pobytu, zašle ho bezodkladne príslušnému nositeľ'ovi.

Tretia časť Záverečné ustanovenie

Článok 9 Nadobudnutie platnosti a trvanie dohody

(1) Táto dohoda nadobudne platnosť dňom, ktorým si obe zmluvné strany navzájom oznámili, že sú splnené potrebné vnútroštátne predpoklady pre nadobudnutie platnosti. Rozhodujúci je deň doručenia posledného oznámenia.

(2) Dohoda sa bude vykonávať odo dňa nadobudnutia platnosti zmluvy a platí počas platnosti zmluvy.

Dané v Berlíne dňa 12. septembra 2002 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v nemeckom jazyku a slovenskom, pričom obidve znenia majú rovnakú platnosť.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkovej republiky Nemecko
Michael Schaefer
Klaus Achenbach

Für die Regierung der Slowakischen Republik
Za vládu Slovenskej republiky
Magaš

Denkschrift

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der Rentenversicherung und in Bezug auf die Zahlung von Renten und einmaligen Geldleistungen der Unfallversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten und sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und slowakischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

Mit dem Abkommen wird auch dem im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Petitionen ergangenen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 (Drucksache 13/7665) Rechnung getragen. Darin wird im Zusammenhang mit der Beendigung u. a. der weiteren Anwendung des Sozialversicherungsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Tschechoslowakei empfohlen, möglichst rasch ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik abzuschließen.

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Vertragsstaat.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 des Abkommens enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlussprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Absatz 2 ist klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das innerstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten.

Die in Nummer 1 des Schlussprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, dass die hüttenknappschafftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über Wanderarbeitnehmer einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Nach Absatz 2 der Bestimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsstaaten auch bei Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Buchstabe c knüpft für slowakische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Slowakischen Republik das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u. a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 3 des Schlussprotokolls zum Abkommen enthält hierzu ergänzende Regelungen.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und slowakischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Damit wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch Nummer 4 Buchstabe a des Schlussprotokolls ergänzt. Danach finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterstellt sind, auch dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung Anwendung. Damit unterliegen alle Personen, die vom Abkommen erfasst werden, im Bereich der Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung nur den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats über die Versicherungspflicht Anwendung, in dessen Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 5 bis 8 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die aufgrund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt, und lässt abweichende Vereinbarungen zu.

Die Artikel 12 bis 14 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 12 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und slowakischen Rentenversicherung zurückgelegt sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammenzurechnen werden.

Artikel 13 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 14 nähere Regelungen für die Anwendung der slowakischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 15 und 16 enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 16, dass bei der Prüfung eines Leistungsanspruchs aufgrund einer Berufskrankheit gesundheits-

gefährdende Beschäftigungen im anderen Vertragsstaat mitberücksichtigt werden.

Die Artikel 17 bis 28 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 29 bis 32 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 1 der Durchführungsvereinbarung haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt vor allem für in das Gebiet des anderen Vertragsstaats entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvor-

schriften über die Versicherungspflicht des sog. Entsendestaates.

Aufgrund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Vertragsstaat entweder durch eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt werden.

In Artikel 6 ist festgelegt, dass jährliche Statistiken über die in den jeweils anderen Vertragsstaat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 7 bestimmt, in welcher Weise die slowakischen Versicherungszeiten bei der Zusammenrechnung für die Prüfung des Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften und die deutschen Versicherungszeiten bei der Zusammenrechnung für die Prüfung des Leistungsanspruchs nach den slowakischen Rechtsvorschriften im Bereich der Rentenversicherung umzurechnen sind.

Artikel 8 regelt die Anzeigepflicht im Falle eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit.

Artikel 9 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.